

Wahlen im Kongo: Das Ende einer langen Transition?

Daniel Stroux

Die demokratischen Wahlen am 30. Juli 2006 in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) – die ersten nach 41 Jahren – haben keinen eindeutigen Sieger hervorgebracht. Dem offiziellen Wahlergebnis zufolge liegt Präsident Joseph Kabila mit 44,8 % deutlich vor Vizepräsident Jean-Pierre Bemba (20 %). Die Stichwahl ist für den 29. Oktober vorgesehen. Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung weisen den gleichen Trend auf: Die Kabila-Allianz AMP (*Alliance de la Majorité Présidentielle*) bleibt mit etwa 44 % unter der absoluten Mehrheit und braucht für eine Regierungsbildung einen Koalitionspartner. Bembas Wahlbündnis RENACO (*Rassemblement des Nationalistes du Congo*) kommt auf rund 23 %.

Analyse:

Während die Wahlen mit einigen Ausnahmen reibungslos verliefen, löste die Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 20. August in der Hauptstadt Kinshasa schwere Kämpfe zwischen der Präsidielgarde Kabilas und Bembas Milizen aus. Folgende kritische Punkte müssen beim internationalen Handeln berücksichtigt werden:

- Das CIAT (*Comité International de l'Accompagnement de la Transition* – Komitee zur Begleitung der Transition), zusammen mit der UN-Friedensmission MONUC und der europäischen Eingreiftruppe EUFOR, konnte die Kontrahenten dazu bewegen, die Gewalt zu beenden und einen fragilen Frieden zu wahren. Diese Einigkeit muss aufrechterhalten werden.
- Um eine wahrscheinliche Eskalation nach der zweiten Runde zu verhindern, die den friedlichen Übergang in ein demokratisches System nach 16 Jahren Transition gefährdet, wird weiter erheblicher diplomatischer und militärischer Druck durch externe Akteure notwendig sein.
- Das EUFOR-Mandat mit deutschen Truppen muss noch bis nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen verlängert werden.

Key words: DR Kongo, Wahlen, Transition, internationale Gemeinschaft

1. Kabila gegen Bemba – die militärische Karte

„Welche Schande! Ausgerechnet die beiden Sieger der Präsidentschaftswahl müssen sich bekämpfen. Das ist mehr als unreif!“ Wie in diesem Ausruf eines Professors der Universität Kinshasa bedauern viele Kongolesen, dass ihnen die Stichwahl keinen Zivilisten anbietet, sondern zwei Militärs, deren Aufstieg im gewaltsamen Machtkampf um den Kongo begann. Bevor der heute erst 35-jährige Joseph Kabila nach der Ermordung seines Vaters, Laurent-Désiré Kabila, im Januar 2001 die Präsidentschaft übertragen bekam, war er Chef der kongolesischen Bodentruppen und hatte in der ersten Rebellion 1996 gegen den damaligen Präsidenten Mobutu eine aktive Rolle gespielt. Jean-Pierre Bemba ist Chef des *Mouvement de Libération du Congo* (MLC) – heute eine Partei, bis 2002 aber eine der beiden wichtigsten Rebellengruppen, die seit 1998/99 im Norden des Landes das Kabila-Regime bekämpft hatte.

Warum griffen die beiden Kontrahenten zu den Waffen, nachdem ihre Teilnahme an der Stichwahl bestätigt und die Chance auf das Präsidentenamt weiter bestehen blieb? Während die Verantwortlichkeiten für den Gewaltausbruch noch durch eine Untersuchungskommission geklärt werden sollen, scheint Folgendes unbestritten:

- Die Gewaltanwendung durch Kabilas Präsidialgarde, die am 21. August mit Kampfpanzern gegen die Residenz Bembas vorging, in der sich neben dem MLC-Chef 14 Botschafter des CIAT befanden, war unverhältnismäßig. Das CIAT hatte kurzfristig einen Termin bei Bemba erhalten, um einen friedlichen Verlauf des Wahlkampfes bis zur Stichwahl und die Akzeptanz der Ergebnisse zu verhandeln; der Einsatz von MONUC und EUFOR ermöglichte schließlich die sichere Evakuierung der Botschafter.
- Einen Tag zuvor hatte Kabila die Radio- und Fernsehstationen Bembas besetzen lassen und deren Frequenzen gesperrt. Diese Maßnahme wurde erst drei Wochen später wieder rückgängig gemacht.
- Bereits am Abend des 20. August, an dem die Wahlergebnisse durch die unabhängige Wahlkommission (CEI) verkündet werden sollten, wurde eine auffällige Präsenz von Bemba-Milizen im Ministeriums- und Diplomatenviertel Gombe registriert. Die gleichzeitig stattfindenden Schießereien um die CEI herum ließen vermuten, dass die für 20 Uhr angekündigte

Bekanntgabe der Ergebnisse durch den Vorsitzenden Malu-Malu entweder verhindert oder zumindest gestört werden sollte. Laut Kabila-Lager haben Bembas Militärs am gleichen Tag zwei Präsidialgardisten entführt, deren Befreiung Ziel des Angriffs auf die Bemba-Residenz war.

Auf der Suche nach Erklärungen für die Gewalteskalation, die mindestens 50 Todesopfer forderte, sind mindestens drei Punkte zu berücksichtigen:

1. Die im Friedensabkommen vereinbarte Integration der Armee war bis zu den Wahlen nicht abgeschlossen, und weder die etwa 15.000 Militärs der Präsidialgarde noch Bembas rund 3.000 Mann starke Schutzmiliz waren in diesen Prozess eingebunden. Dieses folgenschwere Versäumnis ist einerseits das Sicherheitsbedürfnis der beiden Kandidaten und ihren mangelnden politischen Willen zurückzuführen, sich einem umfassenden Demilitarisierungsprozess unterzuordnen, andererseits aber auch auf das Unvermögen der internationalen Gemeinschaft, entsprechend der im Sicherheitssektor vereinbarten UN-Resolutionen mehr Druck auf die Hauptakteure auszuüben und die im Transitionsabkommen vereinbarten Reformen effizient durchzusetzen.
2. Bembas Wahlkampagne setzte in hohem Maße auf nationalistische Appelle und direkt gegen Kabila gerichtete Provokationen. Im Mittelpunkt stand der Vorwurf gegen den Präsidenten, kein Kongolese und nicht der leibliche Sohn Laurent-Désiré Kabilas zu sein und während seiner Regentschaft den Kongo durch unvorteilhafte Ressourcenverträge ans Ausland verkauft zu haben. Die eigene nationale Gesinnung brachte Bemba mit dem Begriff „Congolité“ zum Ausdruck. Damit beherrschte der MLC-Chef, dem ursprünglich geringe Chancen für die Präsidentschaft eingeräumt worden waren, die Wahlkampfdebatte.
3. Kabila wollte Bemba im Hinblick auf die zweite Runde die Grenzen aufzeigen und den Widersacher gleichzeitig wichtiger logistischer Wahlkampfmittel wie Hubschrauber und Medien berauben. Dadurch veränderte er auch sein bis dahin gültiges Image einer schwachen Marionette der internationalen Gemeinschaft.

Seit den Ereignissen vom 20. bis 22. August haben die Konfliktparteien unter der Schirmherrschaft

der MONUC (*Mission des Nations Unies en République Démocratique du Congo*) eine vertrauensbildende Kommission gebildet, die sich täglich trifft und gemeinsame Militärpatrouillen in der Stadt durchführt. Intensive diplomatische Bemühungen des CIAT, des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, des EU-Außenministers Javier Solana und des Präsidenten der Afrikanischen Union, Denis Sassou-Nguesso, haben erst Mitte September ein Treffen der beiden Kontrahenten erwirkt. Dies galt als eine wichtige Voraussetzung für einen friedlichen Übergang zu einem neuen politischen System.

2. Ungleichher Wahlkampf

Ihr im Vergleich zu anderen Präsidentschaftskandidaten „erleichterter Zugang“ zu den Staatsressourcen ermöglichten es Kabila und Bemba, in einem Gebiet, das sechseinhalb Mal so groß ist wie Deutschland – jedoch ohne Infrastruktur – flächendeckend Wahlkampf zu führen. Zuverlässigen Quellen zufolge hat Kabila dafür etwa 50 Mio. US\$, Bemba rund 20 Mio. US\$ ausgegeben. Anfang des Jahres hatte die Weltbank einen Zahlungsstopp der Haushaltszuschüsse für die DRK verhängt, nachdem die Regierung Ausgaben in Höhe von 200 Mio. US\$ angeblich nicht belegen konnte. Es ist zu vermuten, dass ein Teil der Mittel in die Wahlkampfbudgets geflossen ist.

Kabila stellte sich als Friedensbringer und Präsident der Einheit des Landes dar. Tatsächlich waren die über viele Jahre gescheiterten Verhandlungen zum Friedensschluss 2002, der Abzug der ausländischen Besatzertruppen und die innerkongoleische Einigung konsequent umgesetzt worden. Im Osten des Landes, der besonders vom Krieg betroffen war, wurde dies durch eine überwältigende Stimmenmehrheit für den Amtsinhaber honoriert.

Mit seiner nationalistischen Hetzkampagne gegen den Präsidenten konnte Bemba vor allem im Westen viele Stimmen gewinnen. Erfolgreich stellte er sich als „Sohn des Landes“ (*fils du pays*) dar und überzeugte damit nicht nur die vorwiegend arbeits- und perspektivlose sowie in Teilen gewaltbereite Jugend Kinshasas, sondern auch intellektuelle Kreise. Mehrheiten erzielte er damit in der Hauptstadt und in den Provinzen Bas-Congo und Equateur. Seine Propagandamaschinerie stützte sich auf die eigenen Radio- und Fernsehstationen, die bereits mehrfach mit dem ruandischen „Radio Mille

Collines“¹ verglichen wurden. Die Medienkommission, die Bemba mehrfach durch vorübergehende Schließung seiner Sender abmahnte, konnte die Verbreitung von Hasstiraden und Falschinformationen letztlich nicht verhindern.

Die Mehrheit der insgesamt 33 Präsidentschaftskandidaten beklagte den Mangel an Wahlkampfressourcen. Von ihnen schlossen sich 19 zum Wahlkampfauftakt zu einem Bündnis zusammen, protestierten gegen die völlig ungleichen Bedingungen und forderten die Verschiebung der Wahlen. Ihre Kampagnen, soweit sie diese tatsächlich führten, beschränkten sie schließlich auf ihre lokale Basis. Einige aussichtsreiche Kandidaten haben sich zudem über Einschüchterungsmaßnahmen und gezielte Behinderung ihres Wahlkampfes beschwert. Oskar Kashala beispielsweise wurde es untersagt, seinen Hubschrauber auf kongolesischem Territorium zu verwenden. Sein im Ausland produziertes Werbematerial blieb im Hafen von Matadi im Zoll liegen.

Doch auch Kongos prominentester Oppositionspolitiker trägt mit dafür die Verantwortung, dass sich nun zwei Militärs in der Stichwahl um die Präsidentschaft gegenüberstehen: Etienne Tshisekedi, Vorsitzender der UDPS (*Union pour la Démocratie et le Progrès Social*) hat die Wahlen boykottiert und damit sich selbst als ernsthaften zivilen Gegenkandidaten Kabilas aus dem Rennen genommen. Die UDPS hielt die Vorbereitung der Wahlen für nicht transparent, zweifelte an der Neutralität der Wahlkommission und der internationalen Gemeinschaft. Tshisekedi beklagte, dass das Innenministerium drei verschiedene UDPS registriert habe, und sah darin eine Taktik des Regierungslagers, die Wähler in die Irre führen zu wollen. Eine Reihe von UDPS-Kadern und Parteianhängern nahmen deshalb nicht an der Wählerregistrierung teil. Später rief der UDPS-Vorsitzende zum Boykott des Verfassungsreferendums am 18. Dezember 2005 auf. Als er Anfang 2006 schließlich doch noch auf den Wahlzug aufspringen wollte, war es für eine flächendeckende Wiedereröffnung der Registrierungsbüros aus logistischen Gründen zu spät. Eine punktuelle Öffnung sowie zahlreiche Appelle, unter anderem von UN-Generalsekretär Kofi Annan, an Tshisekedi änderten am fortgesetzten UDPS-Boykott des Wahlprozesses nichts. Zuletzt entstand der Eindruck, dass sich der ewige Opponent gar

¹ Der Sender Radio Mille Collines war die Propagandamaschine im ruandischen Völkermord von 1994.

nicht zur Wahl stellen wollte. Tshisekedis Aufruf zur Wahlenthaltung war teils in Kinshasa, aber vor allem in den beiden Kasai-Provinzen mit einer Wahlbeteiligung von 39 % (Kasai Oriental) bzw. 45 % (Kasai Occidental) befolgt worden.

Neben Kabila und Bemba fuhren drei weitere Präsidentschaftskandidaten respektable Ergebnisse ein. Für Antoine Gizenga sprachen sich 13 Prozent der Wähler aus; er war mit 80 Jahren nicht nur der älteste Kandidat, sondern auch Führer einer der ältesten Parteien des Kongo, der PALU (*Partie Lumumbiste Unifié*), und historische Figur als Weggefährte des ersten Präsidenten Patrice Lumumba. Gizenga erzielte Rekordergebnisse vor allem in der Provinz Bandundu. Zanga Mobutu, einer der Söhne Mobutus, erreichte fünf Prozent, die vor allem aus der Heimatprovinz Equateur kamen. Der bis zum Kampagnenauftritt nahezu unbekannt Oskar Kashala, der bislang als Arzt in den USA lebte, erzielte mit einer Kampagne der „sauberen Hände“ aus dem Stand 3,5 % der Stimmen und damit Platz fünf. Seine Wähler fanden sich vor allem in Kinshasa, Bas-Congo und einer der Kasai-Provinzen.

3. Das politische System – mehr als ein Präsidentenamt

Die Parteienallianz um Kabila (AMP) erreichte in der 500 Sitze starken Nationalversammlung mit etwa 46 % der Stimmen und rund 230 Sitzen fast die absolute Mehrheit; Kabilas PPRD (*Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie*) geht mit 111 Sitzen (22 %) als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Bembas RENACO (*Rassemblement National des Congolais*), ein Bündnis aus etwa zehn Parteien, erhält 116 Sitze (23 %) und seine MLC schickt 64 Volksvertreter ins Unterhaus. Gizengas PALU sicherte sich mit 34 Mandaten den dritten Platz. Die viert- und fünftstärksten Parteienbündnisse erreichen mit 27 bzw. 26 Sitzen mehr als fünf Prozent und gehören der Kabila-Allianz an. Insgesamt haben 69 Parteien und Parteienbündnisse sowie 63 unabhängige Kandidaten den Sprung in die Nationalversammlung geschafft, der Frauenanteil liegt mit 42 Sitzen bei nur acht Prozent.

Das Verhältniswahlssystem hat trotz einiger einschränkender Elemente eine relativ hohe Repräsentativität in der Nationalversammlung erreicht, die – sicherlich mit einigen Verzerrungen – erstmals als ein Spiegel der kongolesischen Gesellschaft angesehen werden kann. Das Wahlsystem hat dem

Wähler erlaubt, seinen persönlichen Kandidaten auf der Parteiliste oder einen Unabhängigen auszuwählen. Vermieden wurde die befürchtete „Diktatur der Parteien“ bei geschlossenen Listen, bei denen die Parteien die Rangfolge ihrer Kandidaten bestimmt hätten. So sanktionierten die Wähler viele unliebsame Politiker. Aus dem bisherigen Übergangsparlament dürften nicht mehr als 20 Prozent in die Nationalversammlung gewählt worden sein. Insgesamt sicherten sich 14 Minister der bisherigen Regierung einen Sitz im Parlament.

Die Mitte September vom Obersten Gerichtshof bestätigten Ergebnisse der Wahl zum Unterhaus werfen ein Licht auf die mögliche Regierungsbildung. Die AMP braucht einen weiteren Koalitionspartner, um regierungsfähig zu sein. Sie wird voraussichtlich den Premierminister stellen, den der Präsident laut Verfassung nach Beratung mit der Parlamentsmehrheit aus deren Mitte ernennen muss. Gizengas PALU dürfte hierfür in Frage kommen. Aber auch einige unabhängige Abgeordnete werden sich auf ein Bündnis mit der AMP einlassen.

Eine Reihe von Politikern werden bereits als mögliche Premierminister gehandelt. Einer davon ist Olivier Kamitatu, der angesehene ehemalige Präsident der Nationalversammlung und frühere Generalsekretär der MLC, der nach Querelen mit Bemba seine Ämter niederlegen musste und zur AMP wechselte. Seine Ernennung zum Sprecher der Allianz war bereits vor Monaten so interpretiert worden, dass ihm bei entsprechendem Wahlausgang für Kabila der Posten des Premierministers sicher sei. Kamitatus *ARC Forces de Renouveau* hat mit 26 Parlamentsmandaten, die er in die AMP-Allianz einbringen konnte, nun auch Verhandlungsmöglichkeiten für eine Regierungsbeteiligung.

Die Verfassungsväter haben den Premierminister zum Chef der Regierung gemacht. Er steht mit seiner Politik der Nationalversammlung Rede und Antwort und kann auch von dieser abgesetzt werden. Der weit reichende Verantwortungsbereich des Präsidenten, der in den autokratischen Systemen der DRK die Politik allein bestimmte, wurde dagegen auf Verteidigungsfragen und die Außenpolitik beschränkt. Im Falle von Kabilas Wahl im Oktober können Präsident und Premier von der AMP kommen. Da die Allianz keinen monolithischen Block bildet und sie sich noch einen oder mehrere Königsmacher ins Boot holen muss, um den Premierminister stellen zu können, dürfte die Regierungsbildung das Ergebnis eines Kompro-

mises werden. Das könnte ein wichtiger, im Nachkriegskontext der DRK friedenserhaltender Faktor sein, autoritäre Tendenzen bremsen und vielleicht auch günstigere Voraussetzung für eine bessere Regierungsführung schaffen.

Sollte hingegen Bemba im zweiten Wahlgang gewinnen, würde eine Kohabitation zwischen dem MLC-Präsidenten und einem AMP-Kandidaten als Premier eine schwierige Konstellation werden. In diesem Falle sind Spannungen gerade um die Rollenverteilung zwischen Präsident und Premier vorauszusehen. Vorstellbar wäre eine Lähmung des Regierungsapparates, aber auch pragmatische Kompromisse, da die Parteien wenig programmatisch oder ideologisch orientiert sind.

4. Wahl der Superlative

Fast 18 Millionen Kongolesen und damit 70,5 % der registrierten Wähler gaben am 30. Juli in fast 50.000 Wahllokalen ihre Stimme ab. Diese waren in etwa 11.000 Wahlzentren zusammengefasst. Damit erst war die logistische Herausforderung des Kongo mit seinen 2,3 Millionen Quadratkilometern einigermaßen zu beherrschen. Der Flug- und Fuhrpark der MONUC und der zusätzliche Einsatz von deren Truppen für den Transport des Wahlmaterials half der CEI bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Die Wahlkommission mit etwa 1.500 Beschäftigten engagierte für den Wahltag und die Auszählung 250.000 Wahlhelfer. Seit 2003 wurde sie von der Abteilung Wahlen der MONUC (zuletzt 300 internationale und nationale Mitarbeiter) und seit 2005 außerdem von der UNDP mit dem *Projet Appui aux Processus Electoral* (APEC) und seinen 250 Mitarbeitern unterstützt.

Der lang geplante Einsatz gipfelte in einem (fast) reibungslosen Wahltag, wie er in dieser Form nicht erwartet worden war. Sehr viel schwieriger gestaltete sich nach der Wahl der Transport der Ergebnisprotokolle und Stimmzettel aus den Wahlzentren zu den insgesamt 62 Lokalkommissionen für die Zusammenfassung der Wahlergebnisse. In Kinshasa versagte die Logistik teilweise, was Anlass zur Sorge wegen vereinzelter Betrugsmanöver gab. Die Präferenzlisten der Legislativwahl waren die Ursache von Problemen in den großen Wahlkreisen. Wegen der Vielzahl der Kandidaten – in manchen Stimmkreisen waren es über 900 – mussten die Kongolesen ihr Kreuz auf bis zu sechsseitigen Stimmzetteln machen.

Die Wahlen einschließlich der Wählerregistrierung und des Verfassungsreferendums sind mit rund 450 Mio. US\$ der teuerste Vorgang, der je von der internationalen Gemeinschaft finanziert wurde. Die Regierung trug bislang etwa zehn Prozent dieser Kosten. Das Budget der Friedensmission MONUC mit ihrem Kontingent von etwa 17.000 militärischen und mehr als 3.000 zivilen Kräften sowie der Logistik beläuft sich darüber hinaus auf jährlich eine Milliarde US\$. Die Nutzung des Flug- und Fuhrparks der MONUC kaschierte zusätzliche Kosten der Wahl.²

5. Transparenz des Wahlprozesses

Nicht nur 1.700 internationale und 47.500 nationale Wahlbeobachter, sondern auch 1.500 Journalisten verfolgten den Wahlverlauf in Wahllokalen und Auszählungszentren. Ebenso waren über 460.000 Delegierte von Parteien in den Wahllokalen präsent. Das Wahlgesetz erlaubte die Veröffentlichung vorläufiger Ergebnisse am Wahllokal und im Auszählungszentrum. Die CEI stellte diese sukzessive ins Netz (www.cei-rdc.cd), was den Medien erlaubte, Teilergebnisse zu veröffentlichen. Damit konnten Behauptungen widerlegt werden, dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang gesiegt hätte. Die CEI gab schließlich mit einer Zeitverzögerung von drei für die Präsidentschafts- beziehungsweise fünf Wochen für die Legislativwahl die vorläufigen Gesamtergebnisse bekannt.

Zudem war die Wählerkartei computergestützt. Zwischen Juni und November 2005 registrierte die CEI die 25 Millionen wahlberechtigten Kongolesen und überreichte in den entlegensten Winkeln des Landes einen Wählerausweis mit Photo, der von den kongolesischen Behörden als Ausweisdokument akzeptiert wird. Damit wurde eine solide Basis für einen transparenten Wahlprozess geschaffen. Auch das computergestützte System zur Zusammenfassung der Wahlergebnisse enthielt mehrere Fälschungssicherungen, die saubere Ergebnisse garantierten.

Ganz manipulationsfrei verlief die Wahl dennoch nicht. In wenigen Wahlkreisen wie Fizi in der Provinz Süd-Kivu wurde eine ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 99,3 % bei insgesamt 114.000 registrierten Wählern verzeichnet. Mangels Ein-

² Die Geber sind: Europäische Union, Großbritannien, Belgien, USA, Deutschland, Frankreich, Südafrika, Kanada, Irland, Niederlande, Schweden, Schweiz, Norwegen, Japan.

spruch können lokal vereinzelte Manipulationen der Ergebnisse allerdings nur vermutet werden. Die wenigen Fälle dürften aber weder Einfluss auf das Gesamtergebnis noch auf die Glaubwürdigkeit der Wahl haben.

Bislang können die Wahlen als weitgehend transparent, demokratisch und frei bezeichnet werden. Die Wahlkampagne ohne Chancengleichheit für die Kandidaten und mit offensichtlicher Behinderung Einzelner schmälert aber die bisherige positive Wertung des Prozesses.

6. Die Transition und ihre Ergebnisse – ein kurzer Rückblick

Der Kongo hat 41 Jahre autoritäre Herrschaft und eine 16-jährige Transitionsheerrschaft mit wechselnden Regimes hinter sich. Expräsident Mobutu, der 1965 eine gewählte Regierung aus dem Amt putschte, führte am 24. April 1990 wieder ein Mehrparteiensystem ein und liberalisierte das politische Leben. Sechs Jahre stritten sich eine heterogene Opposition und das Mobutu-Regime um die Macht. Wahlvorbereitungen 1996 wurden durch eine Rebellion im Oktober desselben Jahres unterbrochen, die das Mobutu-Regime im Mai 1997 zu Fall und das autoritäre Regime von Laurent-Désiré Kabila an die Macht brachte. Als Kabila seine Alliierten, Ruanda und Uganda, im Juli 1998 aus dem Lande wies, unterstützten diese erneut Rebellen – diesmal gegen Kabila. Schließlich waren sieben Staaten der Region in den Krieg involviert, wobei sich Zimbabwe und Angola auf die Seite Kabilas schlugen. Der Ressourcenreichtum des Kongo gilt als Hauptgrund für die Beteiligung der Nachbarstaaten am Konflikt.

Der Friedensprozess, dessen Rahmenbedingungen bereits 1998 in Lusaka mit einem Waffenstillstand, dem Abzug der ausländischen Truppen und einem innerkongolesischen Dialog abgesteckt worden waren, kam erst 2001 nach der Ermordung von Laurent-Désiré Kabila in Gang. Bis Ende 2002 erfolgte der weitgehende Truppenabzug. Der innerkongolesische Dialog gipfelte im „Accord Global et Inclusif“ sowie einer Übergangsverfassung. Der Prozess wurde intensiv von der UN, der Afrikanischen Union, Südafrika und der Europäischen Union begleitet.

Die Umsetzung des Accord Global sah eine Machtteilung zwischen der Regierung Kabila, den wichtigsten Rebellengruppen, der politischen Op-

position und Vertretern der Zivilgesellschaft vor, die einen Präsidenten mit vier Vizepräsidenten hervorbrachte. Politisch mit allen acht beteiligten Gruppen waren auch die Übergangsinstitutionen besetzt: die beiden Häuser des Parlaments (Senat und Nationalversammlung) und die fünf „Bürgerinstitutionen“ zur Unterstützung des Demokratieprozesses. Das Konsensprinzip wurde für alle wichtigen Entscheidungen festgesetzt. Alle Institutionen erhielten weit reichende Mandate, die auf die Vorbereitung der Wahlen und eines demokratischen Regierungssystems zielten. Das Parlament hatte unter anderem die Aufgabe, das Referendums- und das Wahlgesetz sowie die demokratische Verfassung der dritten Republik zu entwerfen. Die Medienkommission überwachte den Ethikkodex und regelte den Zugang politischer Parteien und unabhängiger Kandidaten zu den staatlichen und privaten Medien im Wahlkampf. Die Menschenrechtskommission verschaffte sich Ansehen durch die Beobachtung politischer Demonstrationen und stritt in allen Provinzen für das Prinzip politischer Freiheiten. Im Vergleich schwerfällig arbeiteten die Wahrheits- und die Antikorruptionskommission, deren personelle Zusammensetzung mit dem breiten Mandat nicht geeignet war, die Wahrheit über Kriegsverbrechen herauszufinden, Versöhnung zu fördern oder korrupte Praktiken anzuprangern.

Der Übergangsprozess verlief keineswegs konfliktfrei. Zum einen ließ sich der ursprünglich in der Übergangsverfassung festgesetzte Termin 30. Juni 2005 für ein Ende der Übergangszeit auf Grund der Länge des Gesetzgebungsprozesses und der daran gebundenen Wahlvorbereitungen nicht halten. Regelmäßig demonstrierte vor allem die UDPS gegen die in ihren Augen illegale Verlängerung. Später regelte die neue Verfassung die Phase nach dem 30. Juni 2006. Zum anderen schwelten zahlreiche gewaltsame Konfliktherde im Osten des Landes weiter. Lokale Kriegsherren waren nicht bereit, ihre Einnahmequellen (Gold, Diamanten, Koltan und andere Edelmetalle) gegen einen Platz in der integrierten Armee zu tauschen. Die MONUC begann erst im Jahre 2005 militärisch offensiv gegen die Gewaltakteure vorzugehen, als sich der Druck der Öffentlichkeit sogar in gewalttätigen Demonstrationen gegen die UN artikulierte. Die MONUC setzte schließlich die Entwaffnung der meisten Milizen militärisch durch. Bestimmte Gebiete sind aber nach wie vor nicht vollständig befriedet. Der Wahlprozess war davon nicht betroffen – die hohe Wählerbeteiligung kann dafür als Beleg gelten.

Diesen langen und schwierigen, im ganzen positiven Transitionsprozess gilt es im Auge zu behalten, will man die jetzt entstandene Situation richtig beurteilen.

7. Perspektiven

Die erste Runde der Wahl war ein entscheidender Schritt zur Umsetzung der Verfassung und des neuen politischen Systems. Der Zeitpunkt war vor allem durch die nicht abgeschlossene Integration der Armee mit Risiken verbunden, die Wahl konnte jedoch nicht mehr aufgeschoben werden. Die Kongolesen wollen legitimierte Vertreter in den Institutionen der dritten Republik. Sie haben sehr lange darauf gewartet.

Insofern war auch die zusätzliche Absicherung des Wahlprozesses durch die europäische Eingreiftruppe EUFOR als Stütze der MONUC vor allem für Kinshasa folgerichtig. Ihre stabilisierende Rolle während der Ereignisse vom 20. bis 22. August hat ihre Stationierung bereits gerechtfertigt. Ihr Mandat muss konsequenterweise noch bis nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen verlängert werden, bis sich der Verlierer mit seiner Niederlage abgefunden hat und die Institutionen zu funktionieren beginnen.

Die internationale Gemeinschaft und vor allem die Europäer haben in den Wahlprozess erkleckliche Summen investiert. Nun geht es um die Fortführung dieses Einsatzes. Dafür müssen vor allem die Wahlen zu den Provinzparlamenten in ihrer weit reichenden Bedeutung für die Entwicklung des Landes erfasst werden. Durch die im Charakter föderale Verfassung erhalten die Bürger mit den Landesparlamenten eigenständige Entscheidungsgremien mit wichtigen gesetzgebenden Kompetenzen und eine in der Verfassung festgelegte Finanzautonomie. Die Parlamentarier der Provinzen werden im Januar 2006 nicht nur Gouverneure und Provinzregierungen bestimmen, sondern auch den Senat wählen. Erst damit darf das nationale Parlament als vollwertig gelten, weil dem Oberhaus die gleichen Kompetenzen wie der Nationalversammlung in der Gesetzgebung zugesprochen sind. Die Dezentralisierung, die auch Wahlen von Bürgermeistern, Gemeinde- und Stadträten vorsieht, wird dazu beitragen, dass die Politik bürgerfreundlicher wird.

Bis dahin müssen alle nationalen und internationalen Bemühungen darauf gerichtet sein, den

beiden Präsidentschaftskandidaten die Zusage abzurufen, die Waffen schweigen zu lassen. Die militärischen Kontingente von MONUC und EUFOR müssen klar zur Abschreckung eingesetzt werden. Das Ersatzkontingent der EUFOR sollte nicht in Gabun stationiert bleiben, sondern demonstrativ vor dem 29. Oktober und für den Zeitraum nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Alarmbereitschaft sein.

Kabila hat gegen alle Ratschläge die für die integrierte Armee gedachten neuen Kampfpanzer, die im Juli am Hafen in Matadi angeliefert wurden, nach Kinshasa holen lassen. Deren Kontrolle muss durch die UN gewährleistet werden. Die zukünftige Regierung, das Parlament und die internationalen Partner müssen zukünftig eine Hauptaufgabe darin sehen, Privatarmeen und Milizen endgültig zu entwaffnen und eine effektive Kontrolle über den Sicherheitssektor erlangen.

Obgleich Kabila die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte, steht er als Sieger längst nicht fest. Möglich ist durch den Wahlkampf eine verstärkte Spaltung des Landes in einen Kabila-Osten und einen Bemba-Westen. Zu hoffen ist, dass Bemba die fremdenfeindliche Karte nicht weiter ausreizt, die in Kinshasa zu Gewalt führen kann. Darum wurde auf ein Treffen beider Protagonisten vor dem Beginn der Kampagne so viel Wert gelegt.

Als ausgleichender Faktor vor der zweiten Runde dürfte die Debatte um die Parlamentsmehrheit, die Regierungsbildung und die Ernennung des Premierministers wirken, weil die potenziellen Koalitionspartner auf beiden Seiten vermutlich kein Interesse an einer Fortsetzung der Gewalt haben. Sie sind vielmehr daran interessiert, als gewählte Vertreter der Bevölkerung in den demokratischen Institutionen ihre Rolle zu übernehmen. Vielleicht ist die bereits angestellte Überlegung, dem Verlierer der zweiten Runde ein ansehnliches Trostpflaster anzubieten, tatsächlich die einzige Möglichkeit, den Frieden zu sichern. Dabei kann allerdings nicht völlig ausgeschlossen werden, dass andere Wahlverlierer der ersten Runde wieder zu den Waffen greifen.

■ Literatur

- Ehrhart, Hans-Georg 2006: Was soll die EU im Kongo? Offenbar ist sich Europa nicht ganz darüber im Klaren, wie weit es sich im Kongo engagieren will und soll, in: Internationale Politik, 61, 6, 84-90.
- International Crisis Group 2006 a: Congo's Elections: Making or Breaking the Peace, Africa Report, 108 (27 April).
- International Crisis Group 2006 b: Escaping the Conflict Trap: Promoting Good Governance in the Congo, Africa Report, 114 (20 July).
- Johnson, Dominic 2006: Kongolesische Katastrophe: der Bürgerkrieg als Kontinentalkrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 51, 8, 959-968.
- Martinelli, Marta 2006: Helping transition: the EU police mission in the Democratic Republic of Congo (EUPOL Kinshasa) in the framework of EU policies in the Great Lakes, in: European Foreign Affairs Review, 11, 3, 379-399.
- Stroux, Daniel 2003: Rohstoffe, Ressentiments und staatsfreie Räume. Die Strukturen des Krieges in Afrikas Mitte, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 58, 2, 95-111.
- www.cei-rdc.org, Webseite der kongolesischen Wahlkommission.
- www.monuc.org, Webseite der MONUC – Mission des Nations Unies en République Démocratique du Congo.

■ Der Autor

Daniel Stroux ist seit 2004 Leiter des Projet d'Appui aux Institutions de la Transition, République Démocratique du Congo der UNDP in Kinshasa.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Wahlen sind ein wichtiger Forschungsgegenstand im Forschungsschwerpunkt 1 des GIGA (Legitimität und Effizienz politischer Systeme). Am 7. Februar 2006 veranstaltete das GIGA Institut für Afrika-Kunde in Kooperation mit dem Ökumenischen Netz Zentralafrika eine Veranstaltung zum Thema „Die Wahlen in der DR Kongo“ in der Hamburgischen Landesvertretung in Berlin.

■ DÜI/GIGA-Publikation zum Thema

Denis M. Tull: The Reconfiguration of Political Order in Africa. A Case Study of North Kivu (DR Congo), Hamburg African Studies 13, Hamburg 2005.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom Institut für Afrika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Kunde

IMPRESSUM